Abo Interview mit Zürichs Stadtpräsidentin

Büffelt Deutsch, fordert Corine Mauch von den Zürcher Expats

Die Zahl der Englischsprachigen in der Stadt nimmt stark zu. «Ich erwarte von Menschen, die hier bleiben, dass sie unsere Sprache lernen», sagt die SP-Politikerin.

Beat Metzler, Mario Stäuble
Publiziert: 31.10.2022, 05:47

197

Früher irritierte das Hochdeutsche die Zürcher – jetzt ist es das Englische. Sich daran zu gewöhnen, brauche Zeit, sagt Corine Mauch.
Foto: Silas Zindel

Corine Mauch, werden Sie gern auf Englisch bedient, wenn Sie in der Stadt einen Kaffee bestellen?

Weder gern noch ungern. Ich bin froh, wenn ich überhaupt bestellen kann. Das ist nicht selbstverständlich beim aktuellen Fachkräftemangel.

Englischsprachiges Gastropersonal ist in Zürich ein Reizthema. Das zeigen die vielen hitzigen Reaktionen auf unsere Berichterstattung über Expats. Verstehen Sie das?

Viele Gastrobetriebe haben Mühe, Personal zu finden. Ich werde lieber auf Englisch bedient als gar nicht. Gleichzeitig ist es völlig klar, dass die Sprache eines der wichtigsten Merkmale von Integration ist. Ich erwarte von Menschen, die in Zürich bleiben, dass sie unsere Sprache lernen.

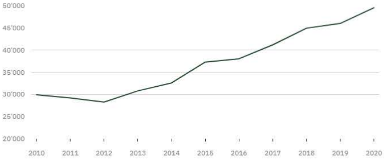
Sie raten den Expats also: Lernt Deutsch.

Das rate ich allen fremdsprachigen Menschen, die sich in Zürich niederlassen.

Verstehen Sie, dass manche Zürcherinnen über die zunehmende Präsenz des Englischen in der Stadt irritiert sind – oder ist das einfach nur provinziell?

Veränderungen führen zu Irritationen, dafür habe ich Verständnis. Vor 10 bis 15 Jahren störten sich viele Zürcherinnen und Zürcher am Hochdeutschen, das plötzlich stark präsent war. Heute haben sich die meisten daran gewöhnt. Mit dem Englischen wird es wohl ähnlich laufen. Solche Prozesse brauchen Zeit. Zürich lebte schon immer von Leuten, die von aussen kamen und hier ihre Ideen realisierten.

50'000 Zürcherinnen und Zürcher reden in ihrer Hauptsprache englisch



Vor 2010 wurde die Zahl in Zehn-Jahres-Schritten erfasst. Im Jahr 2000 lebten 6702 Menschen mit Mutter- und Hauptsprache Englisch in der Stadt Zürich.

Grafik: jig; Quelle: BFS; Daten herunterladen

Expats haben oft eine gute Ausbildung, einen gut bezahlten Job. Sie können sich Mieten leisten, die für viele Zürcher unerschwinglich bleiben. Da kommt plötzlich Druck aus einer neuen Richtung.

Zuerst einmal: Zürich profitiert von hoch qualifizierten Zuwandernden. Andere Länder haben deren Ausbildung finanziert. Nun arbeiten sie hier und zahlen Steuern. Aber ja, es gibt die Gefahr der Verdrängung. Darum hat die Stadt kürzlich ein Monitoring eingerichtet. Dadurch erkennen wir, wo Menschen unter Druck geraten, die bildungsmässig und finanziell über wenig Ressourcen verfügen. In den Kreisen 4 und 5 zum Beispiel haben wir Anzeichen dafür.

Und was tut der Stadtrat dagegen?

Wir wollen, dass Zürich eine Stadt für alle bleibt. Das Wichtigste, um das zu erreichen, ist eine aktive Wohnpolitik. Wir müssen möglichst viele Wohnungen kaufen und uns für bezahlbare Mieten einsetzen. In Schwamendingen wird gerade sehr viel gebaut. Dort haben wir aber weniger Zeichen von Verdrängung. Denn im Kreis 12 gibt es sehr viele Genossenschaftswohnungen.

Ist das nicht längst eine Illusion? Müssten Sie Ihren Wählerinnen und Wählern nicht ganz ehrlich sagen: Es können nicht alle in Wiedikon wohnen?

Die Stadt hat zwölf Kreise, der städtische Raum und die städtische Lebensweise reichen längst über die Grenzen hinaus in die Agglomeration. Und eben, der Stadtrat und meine Partei unternehmen viel, damit Zürich eine Stadt für alle bleibt.

Oliver Heimgartner – der Co-Präsident Ihrer Partei – befürchtet, dass Zürich zu einem zweiten Zug wird, das sich nur noch Google- und Bankkader leisten können.

Man kann Zürich nicht mit Zug vergleichen. Zug ist ein Tiefsteuerkanton.

Der Punkt ist ein anderer: In Ihrer Partei gibt es offenbar Skepsis gegenüber der Zuwanderung von Hochqualifizierten. Das ist neu.

Oliver Heimgartner und ich wollen beide das Gleiche: auch in Zukunft eine Stadt für alle. Darin sind wir uns einig. Wir müssen aber darüber diskutieren, wie sich dies erreichen lässt. Es braucht wirksame Mittel wie die Initiative der SP für ein Vorkaufsrecht für Städte und Gemeinden. Und auf Bundesebene ist die von Jacqueline Badran geforderte Revisionspflicht gegen überhöhte Mieten wichtig.

Ihr Präsident schlägt vor, die städtischen 250'000 Franken an die Standortförderer der Greater Zurich Area zu streichen. So will er das Wachstum bremsen. Was halten Sie davon?

Ich will keine Stimmungen bedienen, sondern wirksame Massnahmen. Durch die Streichung dieses Beitrags würde keine günstige Wohnung mehr entstehen.

Das heisst, Sie halten an der Förderung fest?

Darüber wird nächstes Jahr der Stadtrat beraten. Dazu äussere ich mich nicht jetzt.

> **«Gibt es für Zürich aus Ihrer Sicht eine Wachstumsgrenze?» – «Eine Stadt ist nie fertig!»**

Hätten Sie vor zehn Jahren gedacht, dass die Stadt so erfolgreich ist?

Es war auf jeden Fall nicht einfach so zu erwarten. Gleichzeitig ist es kein Zufall. Darauf haben wir lange hingearbeitet. In den 90er-Jahren befand sich Zürich in der Krise. Familien zogen weg, Arbeitsplätze gingen verloren. Diese Entwicklung haben wir überwunden. Und zwar, indem wir viel investiert haben, in die Infrastruktur wie ins Soziale. Das zahlt sich nun aus. Gleichzeitig haben wir durch die Finanzkrise gemerkt, dass wir nicht nur auf die Banken setzen können. Das bedeutet ein zu grosses Klumpenrisiko. Heute sind die Banken immer noch stark. Aber die Versicherungen haben aufgeholt. Und wir haben innovative Start-ups und Techunternehmen.

Wie lange wollen Sie Zürichs Wachstum fördern? Gibt es aus Ihrer Sicht eine Grenze?

Ihre Frage klingt ein bisschen nach Francis Fukuyamas «Ende der Geschichte». Eine Stadt ist nie fertig! Quantitatives Wachstum ist kein Ziel per se. Es geht um die Qualität, darum, welche Firmen wir in Zürich haben möchten. Unsere Hochschulen bilden viele kluge Leute aus, die zukunftsweisende Ideen haben. Sie werden uns helfen, die Netto-null-Strategie umzusetzen. Dieses wirtschaftliche Ökosystem brauchen wir.

Corine Mauch ist in den USA geboren – das Thema Rassismus werde in den USA und in Europa zu Recht völlig unterschiedlich diskutiert, sagt sie.

Foto: Silas Zindel

Sie sind auch für das kulturelle Ökosystem zuständig. Das Leitungsduo des Schauspielhauses, des bekanntesten Theaters des Landes, ist stark in die bürgerliche Kritik geraten.

Ich habe unter der neuen Intendanz einige hervorragende Vorstellungen gesehen. Was mir auch aufgefallen ist: Es gibt viel mehr junge Leute im Publikum als früher. Die Ausrichtung der neuen Intendanz war gewollt. Benjamin von Blomberg und Nicolas Stemann haben sich mit einem Konzept für mehr Teilhabe und Diversität beworben. Dafür hat sich der Verwaltungsrat bewusst entschieden. Das sind gewichtige Themen, mit denen sich die Kultur auseinandersetzen muss.

Aber die Erneuerungsrate bei den Abonnementen sinkt.

Bei jedem Wechsel der Intendanz kann es Einbrüche geben. Das ist normal. Gerade auch, wenn es deutlich in eine neue Richtung geht. Einige klassische Theatergängerinnen und Theatergänger fühlen sich durch die jetzige Form des Theaters weniger angesprochen. Das führt zu Reaktionen. Aber eben auch zu neuem Publikum.

Machen Ihnen die sinkenden Abozahlen keine Sorgen?

Ich bedaure sie. Aber sie sind nicht das ganze Bild. Viele junge Menschen kaufen sowieso kein Abo. Sie entscheiden spontan. Das Ziel ist es, mit dem neuen Theater möglichst breite Bevölkerungsgruppen anzusprechen. Alle Menschen, die in Zürich wohnen, sollen kommen.

Gelingt das denn?

Das lässt sich noch nicht abschliessend beurteilen.

Die FDP sagt: im Gegenteil. Der «woke Einheitsbrei» schrecke viele ab und wirke ausschliessend statt inklusiv.

Das sind Kampfbegriffe. Die Thematik wird politisch wie medial hochgekocht. Mich überzeugt die Arbeit der neuen Intendanz auch künstlerisch.

Es ist ein Fakt, dass identitätspolitische Debatten überall brodeln. Das Schauspielhaus ist nur ein Beispiel dafür. Was halten Sie etwa davon, dass eine Bar in der Stadt den Auftritt eines weissen Musikers absagte, weil er Dreadlocks trug?

Ich bin Anfang der 60er-Jahre in den USA geboren worden. Die Diversität der Gesellschaft und die rassistische Geschichte waren dort deutlich spürbar im Alltag. Von dort kommt die wichtige Debatte um kulturelle Aneignung. Aber man kann dieses Konzept nicht einfach eins zu eins auf die Schweiz übertragen. Bei uns herrschen andere Voraussetzungen. Wenn die Absage in jener Bar tatsächlich nur wegen der Dreadlocks erfolgt ist, war das undifferenziert. Die Debatte um kulturelle Aneignung wurde hier generell viel zu undifferenziert geführt, was dem berechtigten Anliegen letztlich schadet. Denn Kultur lebt immer von Austausch und gegenseitiger Inspiration, das ist enorm wichtig. Und das muss man von ausbeuterischen und rassistischen Formen der Aneignung unterscheiden.

Diese Übernahme von Ideen aus den USA zieht sich quer durch die ganze Debatte. Das Schauspielhaus zum Beispiel hat angefangen, vor den Stücken sogenannte Triggerwarnungen zu zeigen. Okay oder übertrieben?

Wir befinden uns in einem gesellschaftlichen Umbruch. Was lange gegolten hat, gilt nicht mehr. Wir müssen nun gemeinsam herausfinden, wie es weitergeht. Es gibt keine glasklaren Antworten. Also müssen wir verschiedene Dinge ausprobieren, wie zum Beispiel eben Triggerwarnungen. So lief gesellschaftlicher Wandel schon immer ab. Auch bei der Ehe für alle waren ganz viele Schritte und Auseinandersetzungen nötig, bis etwas einst Undenkbares möglich wurde.

Was «Triggerwarnungen» sind

Infos einblenden

Im Theaterhaus Gessnerallee hat das Experi Theater, eine Gruppe von nicht weissen Theaterschaffenden, einen Teil des Gebäudes besetzt – und wirft dem Haus «weisse Brutalität» vor. Das ist eine bizarre Argumentation.

Das Grundanliegen der Beteiligten ist berechtigt. Struktureller Rassismus ist in unseren Gesellschaften eine Realität, das müssen wir uns bewusst machen. Ich bedaure allerdings, dass die Besetzung ausgerechnet das Theaterhaus Gessnerallee trifft. Dieses ist ja wirklich sehr offen für die Thematik und hat mit der Gruppe auch zusammengearbeitet.

Und was halten Sie von der Methode der Besetzung?

Ihr Vorgehen lehne ich ab. Aber in Zürich gab es immer wieder Besetzungen. Um sie zu beenden, muss man Lösungen suchen.

Sie sagen damit im Ergebnis: Wenn man in Zürich etwas erreichen will, soll man besetzen.

Nein! Ich sage nur: Besetzungen sind nichts Neues in der Geschichte der sozialen Bewegungen. Sie sind ein Mittel, um Themen zu lancieren. Genau wie Demos.

Demos sind legal, Besetzungen nicht.

In der Gessnerallee wurde eine Mediation gestartet. Das Jazznojazz-Festival und das sonstige Programm können stattfinden wie vorgesehen. Das ist unabdingbar.

Waren Sie selber in die Verhandlungen involviert?

Ich wurde darüber informiert.

Viele Menschen ärgern sich über solche Aktionen, vor allem auch, weil der Verein Experi Theater seit 2020 200’000 Franken an städtischen Beiträgen erhalten hat.

Man darf das Ziel nicht vergessen: eine Gesellschaft ohne Diskriminierung, in der es beispielsweise keine Rolle mehr spielt, welches Geschlecht man hat oder woher man kommt. Dieses Ziel erreichen wir nicht ohne Reibung. Solche Konflikte gehören zum Wesen von gesellschaftlichen Entwicklungen und sozialen Bewegungen.

Der Punkt ist doch, dass diese Bewegungen immer auch übermarchten. Und es derzeit Zeichen gibt, dass dies mancherorts wieder passiert.

Das gehört dazu und ist Teil gesellschaftlicher Veränderungen. Vergessen Sie nicht: Soziale Bewegungen haben immer wieder viel erreicht. Dank der 1980er-Bewegungen haben wir in Zürich die Rote Fabrik und eine Kulturförderung, die auch jüngere Sparten und die freie Szene viel stärker berücksichtigt. Das kommt uns heute selbstverständlich vor. Aber diese Errungenschaften mussten hart erkämpft werden.

Seit 13 Jahren Stadtpräsidentin

Infos einblenden

Beat Metzler ist Redaktor, sein Schwerpunkt ist die Stadt Zürich. Er berichtet darüber, wer die Stadt regiert, wem sie gehört und wohin sie sich entwickelt. Mehr Infos

Mario Stäuble ist Co-Chefredaktor des «Tages-Anzeigers». Der Jurist studierte an der Universität Zürich, 2011–2012 absolvierte er das Volontariat beim «Tages-Anzeiger», ab 2013 war er Mitglied des Tamedia-Rechercheteams. Er ist Träger des Zürcher Journalistenpreises (2018). Mehr Infos

@mario_staeuble